

Gemeinde Kürten



Artenschutzrechtliche Vorprüfung (ASP)

zum

Bebauungsplan 31 (Weiden) 6. Änderung

Mai 2024

INHALTSVERZEICHNIS

1	Planungsanlass und Vorhabenbeschreibung	3
2	Planungsgrundlagen	5
2.1	Gesetzliche Grundlagen	5
3	Artenschutzvorprüfung	6
3.1	Einleitung	6
3.2	Methodik	6
3.3	Biotoptypen: Bestandsbeschreibung und -bewertung	7
3.4	Artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial	7
4	Fazit	8
5	Literatur	9

ANLAGENVERZEICHNIS

Anhang 1: Protokoll der ASP

1 Planungsanlass und Vorhabenbeschreibung

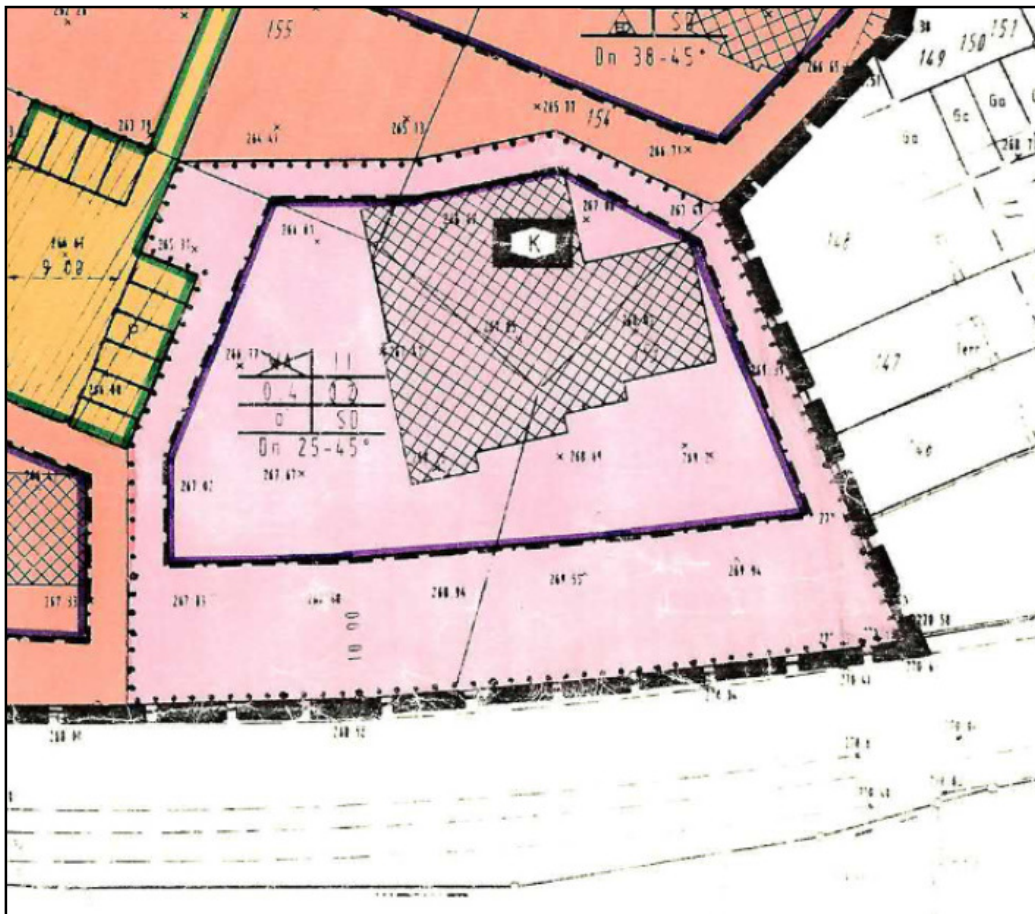
Das Plangebiet ist planungsrechtlicher Innenbereich nach § 34 BauGB. Anlässlich des Antrags eines Bauträgers soll der Bebauungsplan 31(Weiden) im Bereich des Flurstücks 356 (Gemarkung Kürten, Flur 5) durch die Erweiterung des Baufensters (ca. 50 qm) für die Errichtung einer Containeranlage geändert werden.

Die Kindertagesstätte wurde in der Vergangenheit durch eine bauliche Erweiterung aufgrund der erhöhten Nachfrage nach Betreuungsplätzen temporär vergrößert und durch die Festsetzungsbefreiung genehmigt. Die Nachfrage hat sich zwischenzeitlich auf dem höheren Niveau eingependelt, weshalb die Containeranlage nun dauerhaft genutzt werden und planungsrechtlich gesichert werden muss.

Zum Zeitpunkt der Aufstellung der des ursprünglichen B-Plans 31 (Weiden) war eine umfassende Artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) gesetzlich nicht gefordert. Nach geltendem Recht muss eine ASP bei der Änderung von Bebauungsplänen erstellt werden, wenn die ASP länger als sieben Jahre zurückliegt oder noch keine ASP erstellt wurde.

Das Plangebiet ist bauplanungsrechtlicher Innenbereich nach § 34 BauGB.

Abb. 1: Ausschnitt aus dem B-Plan 31 (Weiden), 1.Änderung



Gemäß den Bestimmungen des § 44 (5) BNatSchG ist für alle genehmigungspflichtigen Planungen eine artenschutzrechtliche Prüfung (ASP) erforderlich. Laut ministerieller Handlungsempfehlung des MBV / MKULNV sind die artenschutzrechtlichen Verbote des § 44 (1) auch bei der Änderung und Aufstellung von Bebauungsplänen der Innenentwicklung nach § 13a BauGB und von vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB zu beachten (MBV & MKULNV 2010). Die Durchführung einer artenschutzrechtlichen Prüfung ist obligatorisch.

Abb. 2: Luftbildaufnahme des Grundstücks 356 (Gemarkung Kürten Flur 5)

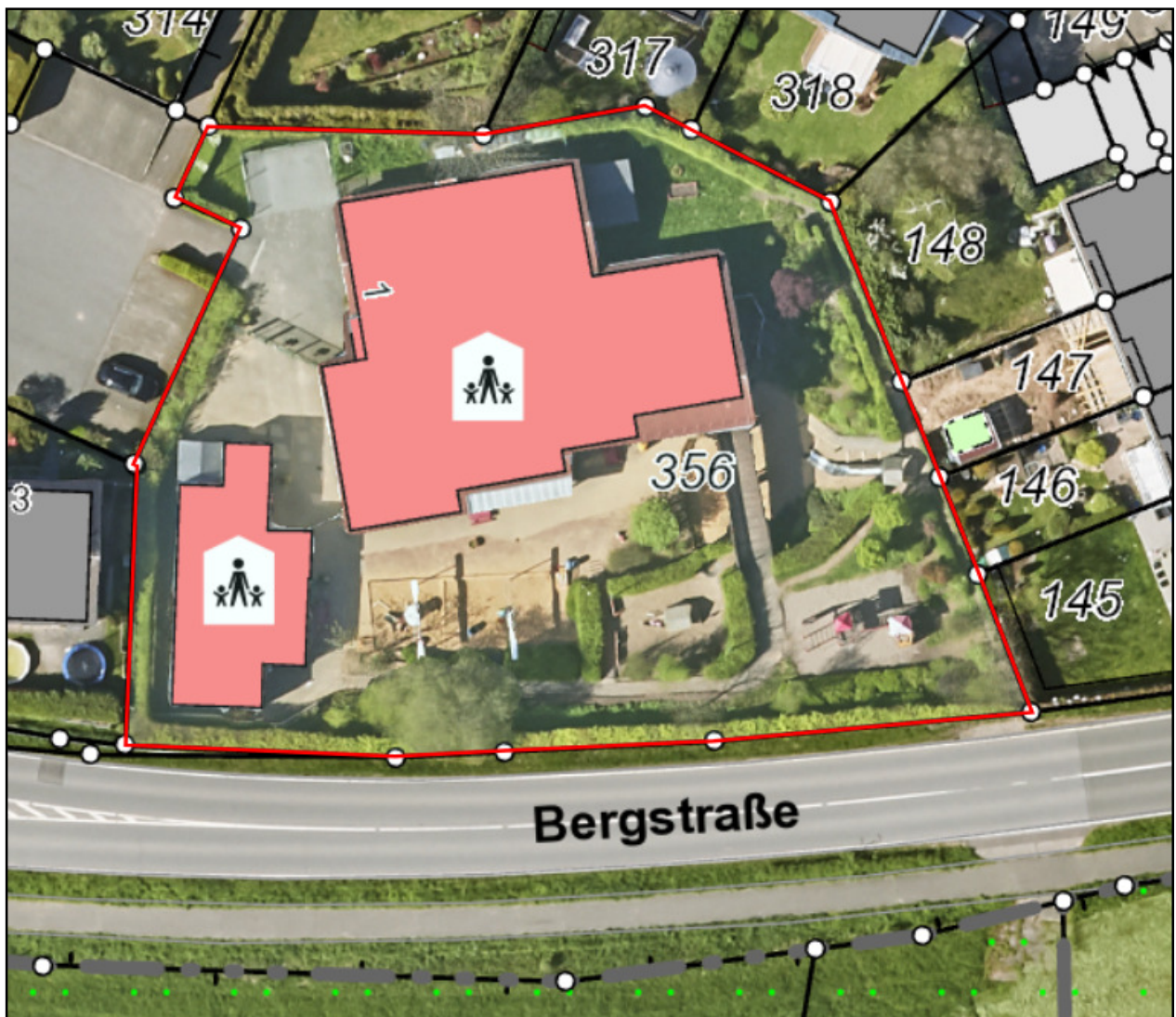
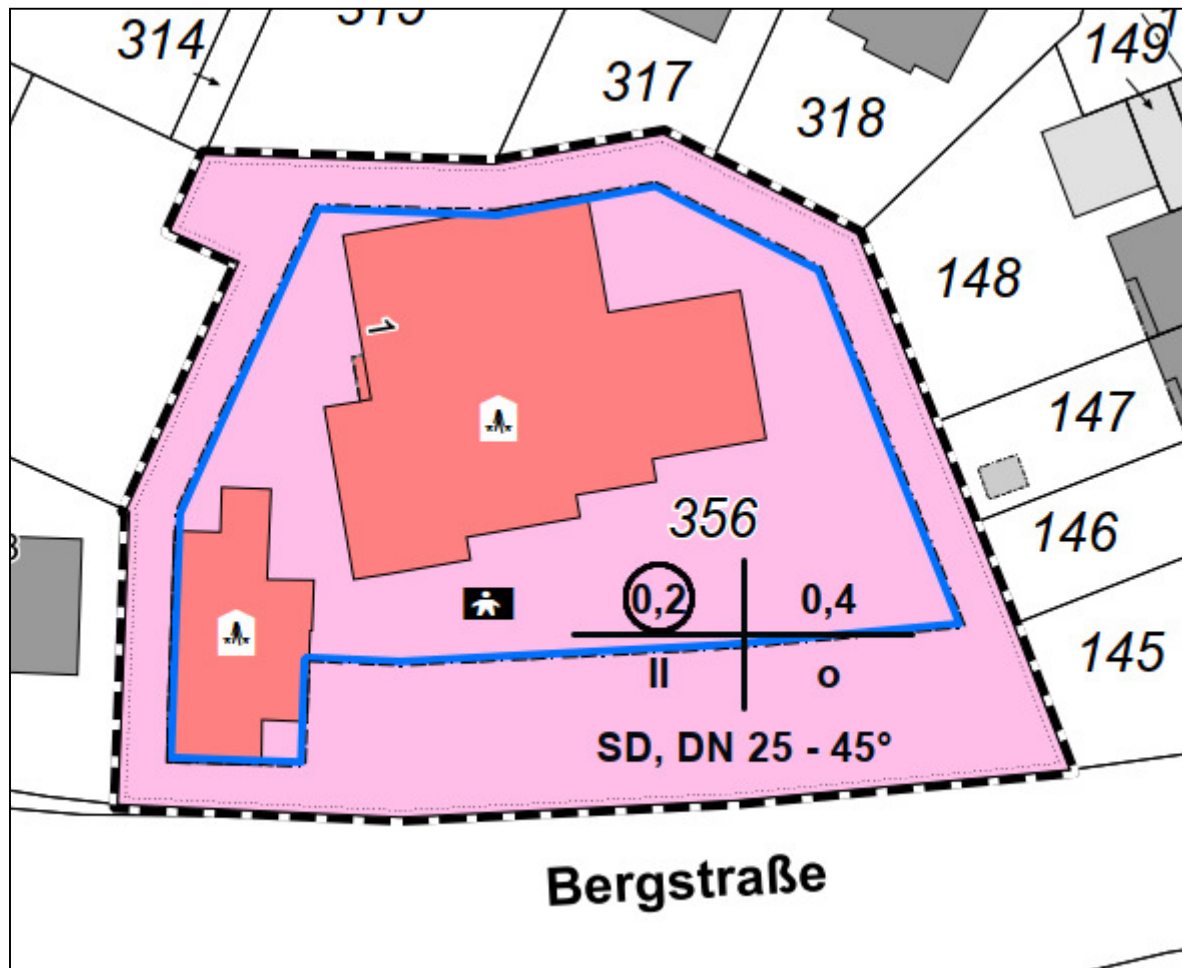


Abb. 1: Ausschnitt aus dem B-Plan 31 (Weiden), 6. Änderung

Die nachfolgende Abbildung verdeutlicht den kleinflächigen Erweiterungsbereich des Baufensters am linken unteren Bildrand für die Aufstellung des KITA-Modulbaus.



2 Planungsgrundlagen

2.1 Gesetzliche Grundlagen

Im Zuge der Kleinen Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) vom Dezember 2007 und der Großen Novelle vom Juli 2009 sind die geltenden europäischen artenschutzrechtlichen Bestimmungen der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-RL) und der Vogelschutzrichtlinie (V-RL) in nationales Recht umgesetzt worden. Die Notwendigkeit zur Durchführung einer Artenschutzprüfung (ASP) im Rahmen von Planungsverfahren oder bei der Zulassung von Vorhaben ergibt sich aus den unmittelbaren geltenden Bestimmungen des § 44 Abs. 1 BNatSchG i.V.m. § 44 Abs.5 und 6 und § 45 Abs. 7 BNatSchG.

In der Folge müssen nun bei allen genehmigungspflichtigen Planungs- und Zulassungsverfahren die Artenschutzbelange entsprechend den europäischen Bestimmungen im Rahmen einer artenschutzrechtlichen Prüfung (ASP) betrachtet werden. Die bislang praktizierte Prüfung der naturschutzrechtlichen Belange im Rahmen der Eingriffsregelung ersetzt nicht die Prüfung der Belange des Artenschutzes.

In § 44 Abs. 1 Satz 1 und 2 BNatSchG ist geregelt, dass die besonders geschützten Tierarten (gem. BArtSchV Anlage 1, Spalte 2; EG-ArtSchV Anhang A oder B; gem. Anhang IV der Flora-Fauna-Habitatrichtlinie 92/43/EG; alle europäische Vogelarten) nicht verletzt oder getötet werden dürfen.

Streng geschützte Arten (gem. Anhang IV der FFH-Richtlinie 92/43/EG; gem. BArtSchV Anlage 1, Spalte 3; gem. EG-ArtSchV Anhang A) dürfen während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeit nicht erheblich gestört werden, d.h. der Erhaltungszustand der Population darf sich nicht verschlechtern.

Die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des § 44 Abs. 1 sind für die europäischen Vogelarten und die Arten des Anhang IV der FFH-Richtlinie folgendermaßen gefasst:

Es ist verboten:

1. *wild lebenden Tieren der besonders geschützten Arten nachzustellen, sie zu fangen, zu verletzen oder zu töten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
2. *wild lebende Tiere der streng geschützten Arten und der europäischen Vogelarten während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeit erheblich zu stören; eine erhebliche Störung liegt vor, wenn sich durch die Störung der Erhaltungszustand der der lokalen Population einer Art verschlechtert,*
3. *Fortpflanzungs- oder Ruhestätten der wild lebenden Tiere der besonders geschützten Arten aus der Natur zu entnehmen, zu beschädigen oder zu zerstören,*
4. *wild lebende Pflanzen der besonders geschützten Arten oder ihre Entwicklungsformen aus der Natur zu entnehmen, sie oder ihre Standorte zu beschädigen oder zu zerstören.*“

Darüber hinaus werden die „nur“ national geschützten Arten („besonders geschützte Arten“) in der ASP berücksichtigt, da auch für diese die artenschutzrechtlichen Verbote uneingeschränkt Anwendung finden

3 Artenschutzvorprüfung

3.1 Einleitung

Im Rahmen der artenschutzrechtlichen Vorprüfung soll festgestellt werden, ob von dem Vorhaben sog. Planungsrelevante Arten betroffen sein könnten und ob weitere Prüfungsschritte als notwendig angesehen werden. Dies entspricht nach der Handlungsempfehlung 'Artenschutz in der Bauleitplanung' (MKULNV & MBV 2010) der Stufe I einer Artenschutzprüfung (ASP).

Im vorliegenden Fall ist eine vereinfachte Prüfung ausreichend, da im Plangebiet keine faunistisch wertvollen Biotop- oder Habitatstrukturen für planungsrelevante Arten vorhanden sind.

3.2 Methodik

Im Mai 2024 wurde während einer Begehung des Plangebietes die Biotopausprägung erfasst und eine Einschätzung getroffen, ob die Fläche eine Funktion als Fortpflanzungs- und/ oder Nahrungshabitat oder Ruhestätte für planungsrelevante Arten besitzt. Hierbei wurde der Untersuchungsraum auch auf

besondere Habitatstrukturen wie geeignete Nistplätze, Baumhöhlen, fledermausrelevante Gehölzstrukturen und auf Gewässer untersucht.

Sachdaten zu „planungsrelevanten Arten“ liegen für den Planraum nicht vor.

Das Biotopkataster der nach § 42 Landesnaturschutzgesetz NRW (LNatSchG NRW) gesetzlich geschützten Biotope trifft für den Planungsraum keine Aussage. Das landesweite Landschaftsinformationssystem LINFOS enthält für das Plangebiet und die nähere Umgebung keine Fundstellen von planungsrelevanten Arten.

Nachfolgend werden die im Plangebiet vorkommenden Lebensraumtypen beschrieben.

3.3 Biototypen: Bestandsbeschreibung und -bewertung

Das Grundstück liegt innerhalb der bebauten Ortslage und ist mit einer Kindertagesstätte bebaut. Neben dem Hauptgebäude, existieren die genannte Containerbehausung, Zierrasenflächen, Sandkästen und sonstige befestigte Spielflächen. Auf dem ca. 2.400 qm großen Grundstück, befinden sich einige Vielschnitthecken, ein größerer Laubbaum und einzelne Strauchgehölze. Es sind keine natürlichen Gewässer vorhanden. Durch Nutzung als Kindertagesstätte, sind die Freiflächen häufig stark frequentiert, weshalb ein hoher Störungsdruck auf die Tierwelt besteht.

3.4 Artenschutzrechtliches Konfliktpotenzial

Die artenschutzrechtlichen Tötungs- und Störungsverbote und des § 44 Abs. 1 Nr. 1 und 3 BNatSchG gelten jedoch nicht uneingeschränkt. Die Verbotstatbestände sind nach § 44 Abs. 5 Satz 1 für Vorhaben der Bauleitplanung dann nicht erfüllt, wenn die ökologische Funktion der von dem Vorhaben betroffenen Fortpflanzungs- und Ruhestätten im räumlichen Zusammenhang weiterhin erfüllt sind.

Tötung von Individuen

§ 44 (1) 1 BNatSchG verbietet die Verletzung und Tötung aller besonders geschützten Arten. Darunter fallen neben den genannten planungsrelevanten Arten auch alle europäischen Vogelarten der Vogelschutzrichtlinie (V-RL).

Für den Änderungsbereich des Bebauungsplans/ Baufensters kann ein Brutvorkommen von planungsrelevanten Arten und von europäischen Vogelarten der V-RL, also weit verbreiteten und allgemein häufigen Vogelarten ausgeschlossen werden, da es sich um eine bereits befestigte Fläche handelt. Im Bereich des zu erweiternden Baufensters sind keine potenziellen Fledermaus-Quartiere vorhanden, weil geeignete Gehölzstrukturen und Gebäude fehlen. Die Tötung von planungsrelevanten Vogel- oder Fledermausarten, die das Gebiet als sog. Nahrungsgäste aufsuchen, ist nicht zu erwarten, da diese mobilen Arten den Standort während der Bautätigkeit meiden.

Störung von Individuen

§ 44 (1) 2 BNatSchG verbietet die erhebliche Störung planungsrelevanter Tierarten. Störungen können bei Bauvorhaben z.B. durch Lärmemissionen, Erschütterungen, optische Effekte (Bewegungsunruhe) oder auch Flächeninanspruchnahme verursacht werden. Durch die hohe Nutzungsfrequenz der Freiflächen besteht bereits ein großer Störungsdruck auf die sog. Allerweltsarten (Vögel der Gärten und Parks).

Eine erhebliche Störung liegt dann vor, wenn sich der Erhaltungszustand der lokalen Population der genannten Arten signifikant verschlechtert. Der kleinflächige Verlust von potenziellen

Nahrungshabitaten und die Störung während der Bautätigkeit sind im vorliegenden Fall nicht geeignet, eine Beeinträchtigung des Erhaltungszustandes der Population einer Tierart herbeizuführen.

Schädigung oder Zerstörung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten (Nester und Quartiere)

Fortpflanzungs- und Ruhestätten der besonders geschützten Arten gelten gem. § 44 (1) 3 BNatSchG als generell geschützt, wobei der Schutz von mehrjährigen genutzten Niststätten über das ganze Jahr besteht (z.B. Baumhöhlen, Nester von Greifvögeln, Schwalbenkolonien).

Im Erweiterungsbereich des Baufensters wurden keine Fortpflanzungs- oder Ruhestätten von planungsrelevanten Tierarten festgestellt.

Beanspruchung schützenswerter Pflanzenstandorte

Die durchschnittlich ausgeprägten Standortfaktoren, wie die hohe Nährstoffversorgung, die durchschnittlichen Bodenparameter und die intensive Nutzung der Freiflächen bietet keine geeigneten Bedingungen für das Vorkommen geschützter Pflanzenarten. Die Erfüllung des Verbotstatbestandes gem. § 44 (1) 4 BNatSchG ist nicht zu erwarten.

4 Fazit

Auf dem sehr kleinflächigen Änderungsbereich des Baufensters konnten keine geeigneten Lebensräume für planungsrelevante Tier- und Pflanzenarten festgestellt werden. Wegen der dort fehlenden Gehölzbestände und Bauten sind keine potenziellen Nester und/ oder Einschulpmöglichkeiten für Vögel und Fledermäuse vorhanden.

Nahrungshabitats sind für die Allerweltvogelarten als Ausweichlebensräume im direkten Umfeld der Kindertagesstätte vorhanden. Der Verlust von ca. 50 qm Freifläche stellt keine nachhaltige Beeinträchtigung dieser potenziellen Nahrungsgäste dar.

Durch die Aufstellung der Containerunterkunft innerhalb des erweiterten Baufensters auf den Freiflächen der Kindertagesstätte werden die artenschutzrechtlichen Verbotstatbestände des §44 BNatSchG der Tötung, Störung, und Beeinträchtigung von Fortpflanzungs- und Ruhestätten von planungsrelevanten Arten und von sog. europäischen Vogelarten nicht berührt.

Eine tiefer gehende Untersuchung des Plangebietes hinsichtlich der Einhaltung der artenschutzrechtlichen Bestimmungen ist aufgrund der vorliegenden Biotopausprägung nicht erforderlich. Das Protokoll der ASP ist als Anhang 1 beigefügt.

5 Literatur

GEMEINDE KÜR TEN (2009): Flächennutzungsplan der Gemeinde Kürten.

MBV & MKULNV (2010): Artenschutz in der Bauleitplanung und bei der baurechtlichen Zulassung von Vorhaben – Gemeinsame Handlungsempfehlung des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr (MBV) und des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MKULNV), 29 S.

MUNLV (2007): Geschützte Arten in NRW – Vorkommen, Erhaltungszustand, Gefährdungen, Maßnahmen, Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz (MUNLV), 260 S.

LUDWIG, DANKWART (1991): Methode zur ökologischen Bewertung der Biotopfunktion von Biotoptypen. - Froelich + Sporbeck, Landschafts- und Ortsplanung, Umweltplanung; Bochum, 48 S.

RHEINISCH-BERGISCHER KREIS (2012): Landschaftsplan Kürten - Satzung des Rheinisch-Bergischen Kreises vom 12.10.2012.

Protokoll einer Artenschutzprüfung (ASP) – Gesamtprotokoll –

A.) Antragsteller (Angaben zum Plan/Vorhaben)

Allgemeine Angaben	
Plan/Vorhaben (Bezeichnung):	<u>B-Plan 31 (Weiden) 6. Änderung</u>
Plan-/Vorhabenträger (Name):	<u>DRK Kreisverband</u> Antragstellung (Datum): <u>01.09.2023</u>
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Aufstellung eines Modulbaus für die Aufstockung der vorhandenen Kindertagesstättenplätze. Nach Angabe des Antragstellers werden keine Gehölze entfernt. Falls wider Erwarten doch Bäume entfernt werden müssen, sind diese in der Zeit zwischen dem 1.10. und dem 28.2. zu roden. Es ist keine nachhaltige Beeinträchtigung von planungsrelevanten Arten durch die Aufstellung eines Modulbaus und die Erweiterung des Baufensters um ca. 50 qm zu erwarten.</div>	
Stufe I: Vorprüfung (Artenspektrum/Wirkfaktoren)	
Ist es möglich, dass bei FFH-Anhang IV-Arten oder europäischen Vogelarten die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG bei Umsetzung des Plans bzw. Realisierung des Vorhabens ausgelöst werden?	<input type="checkbox"/> ja <input checked="" type="checkbox"/> nein
Stufe II: Vertiefende Prüfung der Verbotstatbestände <small>(unter Voraussetzung der unter B.) (Anlagen „Art-für-Art-Protokoll“) beschriebenen Maßnahmen und Gründe)</small>	
Nur wenn Frage in Stufe I „ja“: Wird der Plan bzw. das Vorhaben gegen Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG verstoßen (ggf. trotz Vermeidungsmaßnahmen inkl. vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen oder eines Risikomanagements)?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<p>Arten, die nicht im Sinne einer vertiefenden Art-für-Art-Betrachtung einzeln geprüft wurden: <u>Begründung:</u> Bei den folgenden Arten liegt kein Verstoß gegen die Verbote des § 44 Abs. 1 BNatSchG vor (d.h. keine erhebliche Störung der lokalen Population, keine Beeinträchtigung der ökologischen Funktion ihrer Lebensstätten sowie keine unvermeidbaren Verletzungen oder Tötungen und kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko). Es handelt sich um Irrgäste bzw. um Allerweltsarten mit einem landesweit günstigen Erhaltungszustand und einer großen Anpassungsfähigkeit. Außerdem liegen keine ernst zu nehmende Hinweise auf einen nennenswerten Bestand der Arten im Bereich des Plans/Vorhabens vor, die eine vertiefende Art-für-Art-Betrachtung rechtfertigen würden.</p> <div style="border: 1px solid black; padding: 5px; min-height: 100px;">Ggf. Auflistung der nicht einzeln geprüften Arten.</div>	
Stufe III: Ausnahmeverfahren	
Nur wenn Frage in Stufe II „ja“: 1. Ist das Vorhaben aus zwingenden Gründen des überwiegenden öffentlichen Interesses gerechtfertigt?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
2. Können zumutbare Alternativen ausgeschlossen werden?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
3. Wird der Erhaltungszustand der Populationen sich bei europäischen Vogelarten nicht verschlechtern bzw. bei FFH-Anhang IV-Arten günstig bleiben?	<input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px;">Kurze Darstellung der zwingenden Gründe des überwiegenden öffentlichen Interesses und Begründung warum diese dem Artenschutzinteresse im Rang vorgehen; ggf. Darlegung warum sich der ungünstige Erhaltungszustand nicht weiter verschlechtern wird und die Wiederherstellung eines günstigen Erhaltungszustandes nicht behindert wird; ggf. Verweis auf andere Unterlagen. Kurze Darstellung der geprüften Alternativen, und Bewertung bzgl. Artenschutz und Zumutbarkeit; ggf. Verweis auf andere Unterlagen.</div>	